

Palästinenserkind im Schwitzkasten

In Israel entzweit ein Video vom Einsatz eines Soldaten gegen einen zwölfjährigen Jungen die Gemüter

Von Inge Günther

Die Geschichte von David und Goliath ist nicht eben geeignet, Mitgefühl für Riesen zu wecken. Die Sympathien fliegen in solchen Auseinandersetzungen fast immer den Schwächeren zu. Das gilt ebenso für einen Vorfall im Westbank-Dorf Nabi Saleh, festgehalten in einem Video, das seit vorigem Freitag millionenfach angeklickt wurde. Es beginnt mit einem israelischen, bewaffneten Soldaten, der über einen felsigen Abhang einem eher schwächlichen palästinensischen Jungen hinterher setzt.

Man muss dazu wissen: In Nabi Saleh finden jeden Freitag Proteste statt, weil jüdische Siedler sich eine Wasserstelle nahe des Dorfes angeeignet haben. Jedenfalls fängt der Soldat den Zwölfjährigen, der einen bandagierten, gebrochenen Arm hat, aber dennoch einen Stein geworfen haben soll, schnell ein, packt ihn, und drückt ihn gegen einen Felsbrocken. Der Junge, der Mohammed Tamimi heißt, schreit wie am Spieß und reckt seinen Gipsarm aus der Umklammerung. Der Soldat hält mit einer Hand den Gewehrlauf und mit der anderen den hochroten Kopf des Kindes im Schwitzkasten.

Alarmiert stürzen alsbald Palästinenserinnen herbei, die versuchen, den Soldaten von dem Jungen weg zu ziehen. Es handelt sich um Mutter und Schwester des zwölfjährigen Mohammed sowie um eine weitere Frau. Sie zerren an seiner Uniform, reißen dem Soldaten die Gesichtsmaske runter. Das Mädchen beißt ihm gar in die Hand. Der Soldat macht dabei nicht gerade eine gute Figur, lässt allerdings erst von seinem „Gefangenen“ ab, als der Einsatzleiter ihm das befiehlt.



Die Szene beim Ort Nabi Saleh in der Nähe von Ramallah.

MOHAMAD TOROKMAN/REX

Wer in diesen, von Bilal Tamimi, einem Demonstranten und Hobbyfilmer, dokumentierten Szenen als „Underdog“ anzusehen sei, wird von den Konfliktpartnern höchst verschieden interpretiert. Für die Palästinenser ist zunächst das arme Kind das Opfer. Zumal es, was von einem Friedensaktivisten aus Tel Aviv bezeugt wird, gar keinen Stein geworfen habe. In ihren Augen sind die beherrzt eingreifenden Frauen die Heldinnen.

Viele Israelis indes empört, wie besagter Soldat und mit ihm die ganze Armee sich hätten vorführen lassen. Miri Regev, strammrechte Kulturministerin, machte sich sogleich dafür stark, dass Soldaten im ähnlichen Fall besser schießen sollten. Wohlgehemmt, zu keinem Moment bestand für den Soldaten Lebensgefahr. Ohnehin ist die Liste palästinensischer Zivilisten, die bei anderen Zusammenstößen erschossen wurden, erschreckend lang.

David oder Goliath

Aber das Bedürfnis, nach der Schmach von Nabi Saleh ein Exempel zu statuieren, ist groß. Einige israelische Eltern fordern, wenigstens einen linken Lehrer, der mit den Palästinensern demonstrierte, zu suspendieren. Die Frage, warum Soldaten überhaupt Kindern hinterher jagen, stellten nur wenige. Vielleicht aus Scham, vielleicht auch, weil die Antwort mit der seit bald fünf Jahrzehnten währenden Besetzung der palästinensischen Gebiete zu tun hat Und die, so „Haaretz“-Kommentator Anshel Pfeffer, „zerfrisst unsere Armee und unsere Gesellschaft“. Man möchte sich gerne als tapferer David sehen und ähnelt doch immer mehr Goliath.

Blutbad vor Kiews Parlament

Ein Toter und 100 Verletzte bei Protesten nach Verfassungsänderung

Von Stefan Scholl

Die schwarz behelmten Nationalgardisten standen im Qualm der Rauchbomben vor den Treppenstufen zum Parlamentseingang. Um die Protestierenden einzuschüchtern, hämmerten sie im Takt mit Gummiknüppeln auf ihre Aluminiumschilder. Dann dröhnte ein Knall, riss mehrere Kämpfer zu Boden.

Am Montag kam nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums bei Unruhen vor dem Parlament in Kiew mindestens ein Ordnungshüter, ein junger Wehrpflichtiger, ums Leben. 122 sollen verletzt ins Krankenhaus eingeliefert worden sein. „Es gibt über hundert Verwundete, einem wurde das Bein abgerissen“, sagte der Kiewer Polizeikommandant Alexander Tereschtschuk der Agentur Interfax-Ukraina.

Gegen Mittag hatten sich etwa 3000 Oppositionelle vor dem Parlament versammelt. Dann verbreitete sich die Nachricht, dass drinnen die Mehrheit der Abgeordneten für eine umstrittene

Gesetzesänderung gestimmt hatte, die den prussischen Rebellengebieten in der Ostukraine Sonderrechte einräumt. Die Menge begann „Schande, Schande!“ zu skandieren und die Sicherheitskräfte mit Flaschen und Steinen zu bewerfen. Versuche, ins Parlament einzudringen, scheiterten aber. Nach den Flaggen, die die Leute schwenkten, handelte es sich um Anhänger der populistischen Radikalen Partei, der neugegründeten Ukrop-Partei, und der rechtspopulistischen Partei „Freiheit“.

„Abstimmung nur Vorwand“

Die Abgeordneten der „Radikalen“ hatten zuvor im Parlament gegen das neue Gesetz gestimmt. Hinter der Ukrop-Partei steht der Dnjepropetrowsker Oligarch Igor Kolomoiski, der in Opposition zu Präsident Pjotr Poroschenko gegangen ist, nachdem dieser ihn im März als Gouverneur von Dnjepropetrowsk entlassen hatte.

Aber die Anhänger dieser Parteien zogen sich nach dem Blut-

bad zurück, während die Aktivitäten der Freiheits-Partei blieben. Auch ihr Chef Oleg Tjagnybok wurde gesichtet. „Die Abstimmung im Parlament war nicht der Grund, sondern der Vorwand für die Gewalttätigkeiten“, sagte der Abgeordnete Sergei Wyssotski von der Regierungspartei Volksfront der FR. „Sie wurden von politischen Kräften provoziert, die aus dem Parlament geflogen sind und unbedingt wieder hinein wollen.“ Tygnjaboks Freiheits-Partei war bei der Wahl 2014 überraschend an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und kämpft wohl um ein Comeback.

„Die in dem Gesetz vorgesehene Dezentralisierung ist zu sanft, um solch eine Eskalation auszulösen“, sagt der Politologe Wadim Karasjew. Mit den Unruhen wolle sich vor allem die Freiheits-Partei wieder als radikale Kraft ins Gespräch bringen; andere politische Kräfte versuchten, mit ihrer Hilfe Poroschenko zu schwächen. Beobachter spekulieren auch, ob russische Geheimdienste dahinter steckten.

Frankfurter Rundschau
PREVENT

Islamistische Extremisten finden nicht nur in Ländern wie Afghanistan und Jordanien Anhänger, sie rekrutieren auch in Deutschland junge Menschen, die sich in Syrien und im Irak extremistischen Kämpfern anschließen. Wie kann es gelingen, junge Muslime vor einer Radikalisierung zu bewahren? Wie sehen Programme aus, die die Bundesregierung für Flüchtlinge im Nahen Osten und in Afghanistan finanziert? Und was kann Prävention in der Arbeit mit jungen Muslimen in deutschen Gefängnissen leisten?

FR, hr-INFO und GIZ laden ein zum Forum Entwicklung:

Wenn das Leben extrem wird

■ **Dienstag, 8. September, 18.30 Uhr**, Einlass: 18.00 Uhr.
Saalbau Südbahnhof, Hedderichstraße 51, Frankfurt

■ Die Podiumsteilnehmer:

- Masood Karokhail**, Direktor der Organisation „The Liaison Office“ in Afghanistan
- Husamuddin Meyer**, Imam und Gefängnissozialarbeiter in Wiesbaden
- Gudrun Kramer**, GIZ-Projektleiterin im Nahen Osten

■ Es moderiert:

- Tobias Schwab** (FR-Redakteur)
- Der Eintritt ist frei.

giz Technische Zusammenarbeit für Entwicklungszusammenarbeit GIZ GmbH
hr-INFO